



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg *Integrk.*
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER		/.....Nr.....	
04. JUNI 2013			
EP	1 Zur Kle.	3	Zur Stellungnahme
	2 z.w.V.	4	Antwort vor Ab- sendung vorlegen
MRB	X	5	Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Kopie: BgA13

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

**Antrag für die Integrationskommission:
Abschiebungen nach Afghanistan**

Nürnberg, 04.06.2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Bayerische Flüchtlingsrat berichtet in seinem Newsletter 05/13:

... Das bayerische Innenministerium forciert derzeit Abschiebungen nach Afghanistan, nachdem die Sicherheitslage ausreichend stabil und eine kümmerliche Existenzsicherung möglich sei. Bisher scheitern Abschiebungen in das Bürgerkriegsland vor allem daran, dass die notwendigen Identitätspapiere nicht vorhanden sind. Derzeit wird jedoch massiver Druck auf afghanische Flüchtlinge ausgeübt, ihre Pässe zu beschaffen um damit an ihrer Abschiebung mitzuwirken...

Auch das Ausländeramt Nürnberg steht in diesem Zusammenhang im Fokus. Menschenrechtsgruppen und Bürgerinnen und Bürger teilen uns ihre Besorgnis mit, dass auch in Nürnberg massiv Druck vor allem auf die hier lebenden männlichen jungen Afghanen ausgeübt wird.

Mit großem Engagement hat die Stadt Nürnberg den Jugendlichen die Möglichkeit einer schulischen Bildung eröffnet. Hoch motiviert nutzen die Jugendlichen diese Chance. Immer wieder erfahren wir davon, dass Arbeitgeber gerne Ausbildungsplätze anbieten, eine Ausbildung aber an aufenthaltsrechtlichen Hürden scheitert. In diesem Zusammenhang sind wir mit unserem Antrag vom 17.1.2012 (siehe Anlage) bereits aktiv geworden. Nach unseren Informationen hat im April 2013 eine entsprechende Expertenrunde getagt.

Für die nächste Kommission für Integration stellen wir folgenden Antrag:

1. Aus der Expertenrunde wird berichtet, welche Lösungswege gefunden wurden und welche Maßnahmen kurzfristig ergriffen werden können.

2. Welche Aktivitäten unternimmt das Ausländeramt in Sachen Rückführung nach Afghanistan, welche Vorgaben liegen diesen Aktivitäten zu Grunde?
3. Die Kommission für Integration fordert das bayerische Innenministerium auf, die Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen.

Es ist mitnichten davon auszugehen, dass die Sicherheitslage ausreichend stabil ist. Immer noch gibt es bewaffnete Auseinandersetzungen und Anschläge auf Zivilisten und Regierung. Der Zugang zu Bildung und Arbeit ist nicht gewährleistet.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in geeigneter Form mit dem bayerischen Innenministerium Kontakt aufzunehmen und die Kommission für Integration über den Verlauf weiter zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen



Elke Leo
Stadträtin



FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

IntegrK

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

OBERBÜRGERMEISTER	
17. JAN. 2012 /Nr.....	
IV/Kuf	1 Zur Kts
	2 z.w.
	3

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Telefon: (0911) 231-5081
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Büro: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

90403 Nürnberg

Kopie

Mu

Kopie: 3. BM, Ref. V, EP, MRB, ByA/B, Ried

Nürnberg, 17.01.2012

Antrag für die Integrationskommission:

Potentiale nutzen! Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt einbinden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Nürnberg werden derzeit 175 Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge an der B5 in der zweiten Phase des sogenannten Vorbereitungsjahres zur Sprachintegration unterrichtet. Immer wieder wird bestätigt, dass diese Jugendlichen hochmotiviert und engagiert sind, mit Freude und Erfolg lernen und gerne ihre Kenntnisse, z.B. im Rahmen einer Ausbildung erweitern möchten. Diese Ressourcen sollten wir auch unter dem Aspekt des Rückgangs des Erwerbepersonenpotentials und des Fachkräftemangels in Nürnberg nutzen. Laut IAB (2010) werden vor allem Engpässe in folgenden Berufen erwartet: IngenieurInnen, IT-Fachleute, BerufskraftfahrerInnen, KöchInnen, ApothekerInnen, Restaurantfachleute, Fachgehilfen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen, ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, AltenpflegerInnen.

Dennoch werden die Jugendlichen oftmals mit der Vollendung des 18. Lebensjahres mit einem Ausweisungsverfahren konfrontiert und es kommt immer wieder zur Abschiebung. Dieses Verfahren ist nicht zufriedenstellend. Denn letzten Endes investiert die Stadt hohe Summen in die Vorbereitungsjahre zur Sprachintegration, und kann nicht von der geleisteten Integrationsarbeit profitieren. Gleichzeitig fehlen am Arbeitsmarkt Fachkräfte.

Insgesamt zeigt sich, dass das bestehende Zuwanderungsrecht nicht mit den heutigen Anforderungen des Arbeitsmarktes zusammenpasst. Rechtlich stellt es sich so dar, dass die Ausführung und Auslegung dieser Bundesgesetze den Ländern obliegt. In Bayern wurde die Ausführung an die Kommunen übertragen. Damit haben die Kommunen, also auch die Stadt Nürnberg, bei der Ausführung einen gewissen Handlungsspielraum.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Um eine eingehende Beschäftigung mit der Thematik Migration und Arbeitsmarkt zu erreichen, stellen wir folgenden Antrag in der Kommission für Integration:

Die Stadt lädt in geeignetem Rahmen Experten und Expertinnen zum Thema Migration und Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung des Aspekts der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge, ein. Darunter:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Einwohnermeldeamt/Ausländerbehörde der Stadt Nürnberg
- Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
- Arbeitsagentur Nürnberg
- Michael Stenger, Leiter der Schlau Schule München
- Karl-Heinz P. Kohn, Politologe und Dozent an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Diese ExpertInnenrunde soll dazu dienen, Lösungswege aufzuzeigen, wie die vielfältigen Potentiale der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge besser genutzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen


Elke Leo
Stadträtin